

Ercheinungswelt: 6mal wöchentl. Einzelnenpreis: Die Zeile 150 Mt., Familienanzeigen 100 Mt., Reklamen 400 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % — Fernspr. 9.

Samstag, den 19. Mai 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 Mt. monatlich. Postbezugspreis 3000 Mt. ohne Befehlsgeb. Einzelnummer 120 Mt. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Das französische Revisionsgericht in Düsseldorf verwirft die Revision der Kruppdirektoren gegen das Gewalturteil in Werden.

In den Wandelgängen der französischen Kammer wird von einem Plan gesprochen, wonach im Ruhrgebiet ein „Waffenstillstand“ abgeschlossen werden solle in dem Sinne, daß die Deutschen den passiven Widerstand aufgeben, die Franzosen aber „nur“ eine Kontrolle über die Abfuhr der Kohlenbestände ausüben. Woher der Plan stammt, konnten wir bis jetzt nicht in Erfahrung bringen.

Die Franzosen „begründen“ den Warenraub in den deutschen Farbwerken damit, daß die Werke sich geweigert hätten, die nach dem Versailler Vertrag eingegangenen Verpflichtungen von Warenlieferungen auszuführen. Die französische Begründung ist natürlich bewußt irreführend, denn die Verpflichtungen waren nicht privatvertraglich, sondern öffentlich-rechtlich, die Firmen also gar nicht zur Lieferung gezwungen, namentlich dann nicht, wenn sie von der deutschen Regierung nicht dazu angehalten worden waren. Also auch hier wie überall brutale Willkür und Ablehnung jedes Rechtsgrundes.

Anläßlich der 75-Jahrfeier der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt haben der Reichspräsident und der Reichstagspräsident an die Einigkeit des deutschen Volkes gegen die Verdrücker von außen appelliert. Ein Brief des Reichstanzlers ist in demselben Sinne gehalten.

Die Erinnerungsfeier an das Frankfurter Parlament.

Frankfurt, 18. Mai. An die Begrüßungsfeier im Römer schloß sich ein Rundgang durch eine reichhaltige historische Ausstellung, die ein lebendiges Bild des 48er-Parlaments mit seinen charakteristischen Persönlichkeiten bildet, von denen viele in ausgezeichneten Karikaturen festgehalten sind und die das besondere Interesse der Besucher erwecken. Um halb 3 Uhr begab sich der feierliche Zug der Teilnehmer unter Vorantritt von Bannerträgern und unter dem Geläute sämtlicher Gloden nach der Paulskirche, wobei Schüler in weißer Turnkleidung Spalier bildeten. An der Spitze des Zuges befand sich der Reichspräsident mit dem Sohn des ersten Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung, von Gagern. Ihnen folgten das Präsidium des Reichstags, die Reichs- und Staatsminister, die zwölf Vertreter des österreichischen Nationalrats, zahlreiche Abordnungen der parlamentarischen Körperschaften des Reichs und der Länder, sowie die übrigen Gäste. Die Orgel-Phantastie in G-dur von Bach leitete die Feier ein, an die sich eine Motette von Professor Gamble, vorgetragen vom Frankfurter Motettenchor des Lehrergesangsvereins angeschlossen.

Darauf folgten Begrüßungsworte des Oberbürgermeisters, die Ansprache des Reichspräsidenten und die Festrede von Professor Alfred Weber aus Heidelberg. Das Opferlied von Beethoven, vorgetragen vom Volkshor Union, schloß die erhebende Feier. Inzwischen hatten sich auf dem in reichem Flaggenschmuck prangenden Römerberg und den angrenzenden Straßen ungezählte Menschenmassen eingefunden, aus denen sich die leichtgekleideten Gestalten der Sportler und Turner, die im Sternlauf dem Römerzuge angeeilt waren, wirkungsvoll abhoben. Der althistorische Platz bot vom Altan des Römers aus, auf dem der Reichspräsident, die Minister und die Staatsoberhäupter der benachbarten Bundesstaaten erschienen waren, ein unvergeßliches Bild.

Die Rede des Reichstagspräsidenten

Nach einem Bläserchor von der Empore der Nikolaifläche und der Hymne „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“, vorgetragen von der Frankfurter Sängervereinigung, ergriff der Präsident des Reichstags, Löbe, das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. ausführte: Tage einer von Idealismus bewegten, von Freiheitsdrang erfüllten Zeit sind es, deren Erinnerung dieser Platz in uns wach ruft. Da heute unsere Einheit und Freiheit abermals bedroht erscheinen von fremder Herren Gewalt, haben wir uns hier eingefunden, das Gedächtnis derer zu ehren, die den geistigen Grundstein gelegt haben zur neuen Verfassung des Reichs. Wir haben uns eingefunden, um das Gelöbnis abzulegen, für des Reiches Unabhängigkeit und

Der Einspruch gegen das Werdener Schandurteil verworfen.

Düsseldorf, 18. Mai. Die gegen das Werdener Urteil von Herrn Krupp von Bohlen und Halbach sowie den Kruppischen Direktoren eingelegte Revision ist heute von dem Revisionsgericht in Düsseldorf verworfen worden; dagegen wurde die von dem Betriebsratsmitglied Müller eingelegte Revision zugelassen. — Die Zulassung der letzteren Revision ist natürlich ein politischer Schachzug.

Die Erklärungen der Verteidiger.

Düsseldorf, 18. Mai. Nach Verlesung des Urteils des Kriegsgerichts in Werden erklärte der Verteidiger, Dr. Grimm-Essen, das Verfahren vor dem Kriegsgericht weise Mängel auf, die zur Aufhebung des Urteils führen müßten. Das Gericht in Werden sei unzuständig gewesen. Ferner enthielten die Eröffnungsbeschlüsse nicht Tatsachen, welche zur Strafverfolgung ausreichten. Außerdem seien von 20 geladenen Zeugen nur 16 vernommen worden. Die ausgesprochene Strafe von 15 Jahren Gefängnis sei unzulässig, da sie mit dem französischen Gesetzbuch nicht im Einklang stehe. Die Höchststrafe des franz. Gesetzes (Militärstrafgesetz) sei 5 Jahre Gefängnis. Professor Moriaud-Genf folgte im wesentlichen der von Grimm gegebenen Rechtsbegründung, die er durch neue Ausführungen erweiterte. Darauf ergriff der Richterstatler des Kriegsgerichts, Docteur en droit und Major im Generalstab Haber, das Wort. Er beantragte Verwerfung der Revision mit Ausnahme der von Müller eingeleiteten. Moriaud-Genf betonte dann, wenn das Gericht der Ansicht sei, daß die Revision gegen Müller begründet sei, müsse das ganze Urteil kassiert werden. Das Urteil bilde eine Einheit. Der Richterstatler des Gerichts bestritt dies und hielt seinen früheren Antrag aufrecht. Der Gerichtshof zog sich sodann zur Beratung zurück und verkündete das bereits gemeldete Urteil.

Seine Unversehrtheit einzutreten bis zum Tage der Erfüllung. In Erinnerung an die Vorkämpfer der deutschen Einheit und Freiheit gebe ich hiermit das Zeichen, daß über diesem schönen alten Platz die Flagge der deutschen Republik gehißt werde als Zeichen unseres Bekenntnisses zu Einheit, Freiheit und Vaterland. (Auf ein Zeichen des Präsidenten wurden zwei mächtige Flaggen in den Reichsfarben gehißt und von der Menge die erste Strophe des „Deutschlandliedes“ gesungen.) Der Reichstagspräsident fuhr fort: Bilden wir auf die Reihe großer Männer, deren Namen durch das letzte Jahrhundert leuchtet, dann vermögen wir nicht zu fassen, wie heute noch Landsleute, die auch gute Deutsche sind, Angst und Abscheu vor Demokratie und Volksrechten, vor den Helliglimmern der Paulskirche, empfinden, wie sie gegen Volks- und Bürgerrechte und für Herren- und Herrscherrechte einzutreten sich anschäuen. Steht nicht die politische Gleichberechtigung aller Stammesgenossen an der Schwelle der staatlichen Entwicklung der Germanen? Die Weimarer Verfassung wahrte am treuesten die Ueberlieferungen der ältesten germanischen Gemeindefassungen. Und deshalb rufen wir in dieser feierlichen Stunde unser Volk auf zur Wahrung seiner inneren Freiheit, zur Verteidigung seiner politischen Rechte im demokratischen Staat. Unter lebhaftem Beifall rief Präsident Löbe zur Wahrung dieser Rechte nach außen, zum Schutz der Einheit des deutschen Volkes gegenüber fremder Gewalt und fremder Einflüsterungen auf. Im Namen des Selbstbestimmungsrechts erhob er feierlich Protest gegen die Verletzung deutschen Bodens, gegen die Bergewaltigung deutscher Landente und gegen die Attentate auf die Selbstständigkeit und Freiheit unseres großen Volkstammes. Brausender Beifall erscholl, als der Präsident auf Grund des Selbstbestimmungsrechts auch den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die gemeinsame deutsche Republik forderte. Auch in den schwersten Tagen nicht werde Deutschland auf diesen Gedanken der Einheit verzichten. Zum Schluß begrüßte es der Präsident, daß sich heute den Trägern des Staats eine neue Kraft eingereicht habe, die Arbeiter, das Proletariat, und gab der Zuversicht Ausdruck, daß aus Kriegen voll roten Bluts und dunkler, schwarzer Vergangenheit das goldene Licht der Zukunft von den Farben erstrahlen möge, die vor 75 Jahren die besten Männer unseres Volkes geschmückt hätten. Mit einem Hoch auf das Vaterland, in das die gewaltige Menschenmenge begeistert einstimmte, schloß die Feier.

Dem Reichspräsidenten wurden mehrfach spontan Huldigungen aus der Menge dargebracht.

Ein Brief des Reichskanzlers.

Frankfurt a. M., 18. Mai. Anschließend an seine Rede verlas der Reichsminister des Innern, Deiser, bei der 75-Jahrfeier des Zusammentretens der ersten Nationalversammlung in der Paulskirche einen Brief des Reichskanzlers Dr. Cuno, der folgendes enthielt: Zu meinem großen Bedauern erlaube ich mir dringende politische Geschäfte nicht, heute in Frankfurt zu sein. Desto mehr drängt es mich, meiner inneren Teilnahme an der Feier der Paulskirche durch ein Wort der Erinnerung und der Mahnung Ausdruck zu geben. Es schuldet das deutsche Volk nicht allein Ehrfurcht, sondern auch Dankbarkeit den Männern der Paulskirche, die reinen Herzens um die Einheit des deutschen Volkes rangen und deren Gedanken durch Bismarcks Werk wirksam und in ihm Wirklichkeit wurden. Heute, da unser Fürstenbund dahingeschwunden ist, gibt es für die Einheit Deutschlands nur einen Bürger: das deutsche Volk. Die Verträge von Versailles und St. Germain lasten schwer auf ihm. Sie innerlich zu überwinden, kann keine internationale Verpflichtung und keine äußere Macht uns verbieten. Mögen alle Deutschen dann innerlich eins werden in treuer Hingabe an das deutsche Vaterland. Die Feier in der Paulskirche und im Römer Frankfurt aber, das von jeher die Stadt der deutschen Einigung war, möge in diesem Sinne die Erinnerung an eine große Geschäfte lebendig machen und wollen alle leidvollen und freudvollen Erfahrungen der Paulskirche in eins zusammenschmelzen: den Willen zu Deutschlands Einheit, Freiheit und Größe. — Mit stürmischem Jubel begrüßt, befragt darauf der Präsident der österreichischen Nationalversammlung, Dr. Seih, den Rednerpult und betonte, immer wieder stürmisch begrüßt, daß die Oesterreicher unter allen Umständen diese Feier besucht hätten, weil es ein Herzensbedürfnis für sie gewesen wäre, die schönen Erinnerungen von 1848 aufzufrischen und der Stadt zu gedenken, wo die Volksgenossen des Deutschen Reichs und Oesterreichs sich eins fühlten. — Als letzter Redner ergriff darauf der Vizepräsident des Reichstags, Dr. L e i s e r, das Wort.

Eine Rundgebung des Reichspräsidenten.

Frankfurt a. M., 19. Mai. Der gestrige Erinnerungstag schloß mit einem imposanten Fackelzug, der sich durch die Hauptstraßen der Stadt zum Opernhaus bewegte, wo der Reichspräsident mit den übrigen Gästen einer „Fidelio“-Aufführung beigewohnt hatte. Der geräumige Platz vor dem Opernhaus mit den anschließenden Anlagen und den Zufahrtsstraßen war von einer zahllosen Menschenmenge belagert, so daß Reichstagspräsident L ö e b e, der in einer Ansprache die Jugend als unsere Hoffnung für unsere Zukunft begrüßt hatte, die gestrige Rundgebung als eine der größten bezeichnete, die er seit Jahrzehnten in Deutschland erlebt habe. Der Reichspräsident, dem wiederholt lebhafteste Rundgebungen seitens der zahlreich erschienenen Jugend dargebracht wurden, dankte den Teilnehmern am Fackelzug und führte aus: Was wir von den Vätern ererbt, müssen wir im schweren Kampf um unser Dasein erwerben um es zu besitzen. Hart seien die Nöte der Zeit, aber fest sei doch unsere Zuversicht, daß das so schwer Errungene uns bleiben müsse und bleiben werde, daß die deutsche Einheit, das deutsche Reich bestehen bleiben und mit ihm eine freie deutsche Zukunft. Dem Vaterland und seiner Erhaltung alle unsere Kräfte zu weihen, einig und fest zusammenzustehen, gegen alle Anschläge unserer Gegner, geloben wir auch hier in dieser dem Gedenken der Väter geweihten Stunde. — Das Deutschlandlied wurde im Laufe des Abends mehrmals von der Menge gesungen. Auch die kurze, aber warmherzige Ansprache des Reichspräsidenten des österreichischen Nationalrates, Dr. Seih, der wieder der festen Zuversicht auf eine endliche Vereinigung beider Länder Ausdruck verlieh, fand lebhaften Beifall. Kurz nach 10 Uhr abends verließen die Rückkehr des Reichspräsidenten und der übrigen Berliner Gäste mit dem fahrplanmäßigen Zug nach der Reichshauptstadt.

Das Reparationsproblem.

Ein Waffenstillstandsplan.

London, 18. Mai. Dem Pariser Berichterstatter der „Times“ zufolge wurde in den Wandelgängen der französischen Kammer der Waffenstillstandsplan für das Ruhrgebiet, über den der Kon-

Ansicht des Berichterstatters würde dieser sogenannte Waffenstillstand dazu führen, daß das nächste deutsche Angebot enger geprüft werde. Von besonderem Interesse sei es, daß einer der französischen Deputierten, der über diesen Gedanken gesprochen habe, ein Industrieller sei, der, wie angenommen werden könne, über die deutschen Absichten besonders gut unterrichtet sei. Der Berichterstatter faßt die Bedingungen dieses Waffenstillstands, der allen formellen Erörterungen vorausgehen müsse, verjuchungsweise in folgende 4 Punkte zusammen: 1. Deutschland müsse seinerseits alle Erlasse und Geheimanweisungen zurückziehen, die die Einstellung der Arbeit für die Bergarbeiter und Eisenbahner, sowie die Weigerung der Mitwirkung deutscher Beamter im Ruhrgebiet zum Zweck hätten. 2. Die Arbeiter und Beamten müßten ihre gewohnten Aufgaben wieder aufnehmen und dürften gemäß dem Versailler Vertrag den geschuldeten Kohlenlieferungen keine Obstruktion entgegensetzen. 3. Frankreich müsse seinerseits, während es seine Truppen oder Angehörigen zurückziehe, eine rein überwachende Haltung einnehmen und soweit wie möglich die Befehle mehr passiv als aktiv gestalten. 4. Die Wiederherstellung des normalen industriellen und zivilen Lebens im Ruhrgebiet müsse fortauern bis zu dem Augenblick, wo eine Regelung zustandekomme oder der Versuch einer Regelung wieder aufgenommen werde. — Aus dem Bericht geht nicht hervor, von wo der Plan kommt, ob von Deutschland oder aus dem alliierten Lager. Wir haben auch sonst nirgends eine Erörterung über derartige Gedanken bis jetzt gelesen.

Ein sozialdemokratischer Vorschlag zur Garantie der Reparationen.

Berlin, 18. Mai. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“, der damit die parteiunabhängige Auffassung wiedergibt, richtet, wie das „Stuttg. Tagblatt“ meldet, an die Regierung heute den Appell, mit der „Politik der Zweideutigkeiten“ aufzuhören. Es werden durch die Regierung einige Winke gegeben, auf welche Weise nach sozialdemokratischer Ansicht die Garantiefrage in der neuen Note zu behandeln sei. Industrie, Gewerbe, Handel, Bank- und Verkehrswesen, Landwirtschaft und Hausbesitz müßten für die Aufnahme der notwendigen Anleihen zu ein Fünftel mit ihrer Substanz haften. Zu diesem Zweck sind die privaten deutschen Unternehmungen in Gesellschaftsform zu vereinigen. An Kapital und sämtlichen Besitztiteln dieser Unternehmungen wird die Reichstreuhandgesellschaft mit einem Fünftel des Gesamtbesitzes beteiligt. Die Landwirtschaft, soweit sie über 2 Hektar verfügt, muß ebenfalls zugunsten der Treuhandgesellschaft mit einem Fünftel ihres Realwertes belastet werden. Die Belastung kann als Grundschuld in festem, wertbeständigem Betrage entsprechend dem Realertrage der betreffenden Grundstücke erfolgen. Ferner müßten die deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen ein Fünftel ihres Ertrages für Deutschlands Leistungen aus dem Friedensvertrag abliefern. Befügen diese Unternehmungen Einnahmen in ausländischer Währung, dann ist auf Verlangen ein entsprechender Anteil an der Reparationssteuer in ausländischer Währung abzuliefern. Eine Vereinfachung des Reichsetats müsse natürlich gleichzeitig mit diesen Maßnahmen erfolgen. Der Halboffiziosus der Sozialdemokratie glaubt, falls diese Richtlinie von der Reichsregierung beachtet würden, der Zustimmung des Inlands in seiner Mehrheit, aber auch der des Auslands sicher zu sein.

Die französische Gewaltpolitik.

Das 53. Todesopfer des französischen Gewaltunternehmens.

Berlin, 19. Mai. Der von den Franzosen vor kurzem abgeschossene Bergmann Trotz ist als 53. Opfer des Ruhrunternehmens seinen Verletzungen erlegen.

Die dauernden Ausweisungen von Eisenbahnern.
Berlin, 19. Mai. Wie aus Trier gemeldet wird, sind aus den Orten Ebrang und Biewer mehrere hundert Eisenbahnfamilien mit zusammen 830 Köpfen ausgewiesen worden.

Das Raubsystem.

Essen, 17. Mai. Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung aus Duisburg berichtet, wurden gestern bei der dortigen Zweigstelle des Barmer Bankvereins 150 Millionen M. für nichtgezahlte Kontributionsgelder der Stadt Duisburg weggenommen.

Aufnahme von Ruhrkindern durch die Schweizer Gewerkschaften.

Bern, 18. Mai. Der schweizerische Gewerkschaftsbund hat an die Freunde und Mitglieder der schweizerischen Gewerkschaften die Aufforderung ergehen lassen, ihm Freiplätze für Aufnahme deutscher Kinder aus den besetzten Gebieten zu melden. Dieser Aufruf hatte einen sehr erfreulichen Erfolg. Neben beträchtlichen Geldspenden zur Deckung der Reise- und sonstigen Ankosten wurden 600 Freiplätze für Kinder von Gewerkschaftsmitgliedern aus dem Ruhrgebiet in Schweizer Familien zur Verfügung gestellt. Die eingeladenen Kinder treffen heute mit einem Sonderzug in der Schweiz ein, wo sie 8 Wochen bleiben

Zur auswärtigen Lage.

Der polnische Druck auf Danzig.

Warschau, 17. Mai. In dem Sejm-Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten sprach gestern Minister Skrzynski über das Verhältnis der Freien Stadt Danzig zu Polen. Er erklärte, daß die polnische Regierung entschlossen sei, dem Vorgehen des Danziger Senats ein energisches Veto entgegenzusetzen und die im Friedensvertrag vorgesehenen Rechte Polens zu fordern. Die Freie Stadt Danzig suche die polnischen Souveränitätsrechte in Abrede zu stellen. Diesem Bestreben müsse ein Ende gesetzt werden. Unbegünstigt und aus der Luft gegriffen seien jedoch Nachrichten, als ob Polen seine unabweisbaren Rechte unter Anwendung von Gewalt zur Geltung zu bringen beabsichtige.

Zünftige Bestimmung

betr. Verfehlungen gegen die Bestimmungen zur Bekämpfung des Wohnungsmangels.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Wohnungen ohne vorher eingeholte Genehmigung bezogen worden sind, obwohl dies in der betr. Gemeinde verboten ist. Das Oberamt wird Zuwiderhandlungen unnachlässiglich bei der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung anzeigen. (Geldstrafe bis zu 10 Millionen, Mindeststrafe 1000 M.) Calw, den 17. Mai 1923. Oberamt: Bögel, Amtmann.

Um die Ausbeutung der Bagdadbahn.

London, 17. Mai. Die „Daily Mail“ berichtet aus Konstantinopel, daß in der türkischen Presse veröffentlichten Meldungen zufolge die Mehrzahl der Anteile an der Bagdadbahn von einer englisch-schweizerischen Gruppe, an deren Spitze einer der Rothschilds stehe, aufgekauft würde. Diese Gruppe werde sofort die Ausbeutung der Bahn vornehmen. Nach der „Daily Mail“ verlautet in der Londoner City, daß nicht nur die Rothschilds, sondern auch eine der 5 großen englischen Banken an der Transaktion beteiligt sei, deren Ankaufsinteressen, wie mitgeteilt werde, zu 90 Prozent englisch seien. Das Inkrafttreten des Abkommens müsse notwendigerweise auf die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei warten und die tatsächlichen Bedingungen seien eng mit den Lausanner Erörterungen verbunden.

Deutschland.

Das Ergebnis der Elternratswahlen in Sachsen.

Berlin, 18. Mai. Bei den in letzter Zeit stattgehabten Elternratswahlen in den Städten und Gemeinden von Sachsen sind, einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, die Sozialisten mit wenigen Ausnahmen unterlegen, sogar in Chemnitz und Leipzig. Auch in den wenigen Orten, wo sie zur Mehrheit gelangten, haben sie stark an Anhängern zugunsten der Befürworter des Religionsunterrichts verloren.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. Mai 1923.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende zu dem am Dienstag im „Calwer Tagblatt“ erschienenen „Eingekandt“ von Handelschuldtrektor Zügel in folgender Weise Stellung: Es liege ihm fern, einer sachlichen Kritik Berechtigung abzuspüren; in einer Gemeindevorstellung müsse man gewärtig sein, kritisiert zu werden, und besonders das Stadtbauamt müsse sich dessen bewußt sein. „Wer will bauen an der Straße, muß die Leute reden lassen“, dieses Wort habe Direktor Zügel ja auch anlässlich des Baus seines Grabmals an sich erfahren müssen. In einer Stadt von 6000 Einwohnern könne man natürlich nicht verlangen, daß alle dieselbe Auffassung über ein Unternehmen haben. Er glaube jedoch, daß man in einer Kritik eine gewisse Grenze nicht überschreiten dürfe, jedenfalls nicht derart, wie es in dem Eingekandt geschehen sei. Wenn die Bewohner der Bahnhof- und Bischoffstraße den Wunsch hätten, die Straßen mit Porphyr bewalzt zu sehen, so sei das verständlich, leider sei aber die Stadt nicht in der Lage, das der Kosten wegen durchzuführen. Auch der Gemeinderat sei der Auffassung gewesen, daß beide Straßen in einem Zustand seien, der eine Verbesserung wünschenswert erscheinen lasse, deshalb seien ja auch die Steine angeschafft worden. Wenn die Steine, über deren Beschaffung soviel kritisiert werde, damals nicht gekauft worden wären, wäre man heute nicht mehr in der Lage, die dafür notwendigen ungeheuren Kosten auszugeben. Und wie hätte man dann den Gedanken der Straßenverbesserung verwirklichen wollen? Wenn in dem Artikel geschrieben werde, daß Calw zu einem Drecknest geworden sei, so sei das übertrieben. Man solle sich die Verhältnisse in Stuttgart und Pforzheim ansehen, dann werde man finden, daß Calw noch eine sehr hübsche Stadt sei. Auch bei der Porphyrpflasterung gäbe es Dreck, wenn die Straße abgewirtschaftet sei, und ebenso Böser und Unebenheiten. Die Straßen würden dann auch nicht früher gewalzt, als bis sich Anstände ergeben. Da man nicht alle notwendigen Aufgaben der Stadt auf einmal ausführen könne, habe man diese Arbeiten aufschlehen wollen. Jeder einzelne müsse sich heute einschränken, und so sei es auch bei der Stadtverwaltung. An den heutigen Zuständen trage nicht die Gemeindepolitik die Schuld. Uebrigens habe man in letzter Zeit sowohl in der Bischoff- wie Bahnhofstraße öfters gesprenkt, um die Staubplage zu bekämpfen. Es sei übrigens eine überall zu beobachtende Tatsache, daß die Leute trotz der üblen Zeiten heute viel anspruchsvoller als früher geworden seien. Früher sei seines Wissens beispielsweise außerhalb Eiters niemals gesprenkt worden, heute werde auch das verlangt. Was die Frage des städtischen Schotterwerks anbelange, so sei der Gedanke der Anschaffung des Steinbrechers nicht einmal vom Stadtbauamt ausgegangen. Die Verwendung von Kalksteinen aus dem städtischen Steinbruch sei im Mai 1919 — als Herr Zügel noch im Bürgerausschuß gewesen sei — deshalb beantragt worden, weil der alljährliche Bedarf an Schottermaterial sehr groß gewesen und die Preise dauernd gestiegen seien. Auch habe man damals befürchtet müssen, nicht die genügende Menge zu erhalten. Zuerst sei vorgesehen gewesen, eine Stein Schlagmaschine zu mieten; da dies aber zu teuer gekommen wäre, so sei eine künstliche Erzeugung vorgezogen worden. Bezüglich der Frage der Rentabilität habe er damals schon darauf hingewiesen, daß das städt. Schotterwerk sich solange rentieren werde, solange das Werk in Malmshelm nicht wieder aufgemacht werde. Das städtische Rechnungswesen gehe übrigens nicht in erster Linie auf Rentabilität

aus, sondern sei auf Bewahrung eingerichtet. Dazu sei aber in den letzten Jahren der Stadt viel Geld erspart worden. Heute würde 1 Kubikmeter Schotter von Baresel hinaufgeführt bis zur Neuen Handelsschule 41 200 Mark kosten, um zwar die Steine 13 200 M., die Fracht 8000 M., Ausladung und Befuhr 20 000 M. Der vom Muckberg beigegeführte Schotter koste aber nur 30 000 M., wovon noch 1100 M. Abzüge an Grund des Pachtvertrags kommen. Die Aufgabe des Schotterwerks hänge auch damit zusammen, daß man stets Schwierigkeiten mit den Fuhrleuten gehabt habe. Er erinnere daran, daß die Stadt im vorigen Jahr mindestens 3—4 Millionen verloren habe, weil die Aktordanten sich auf Vertragsstrafen nicht einlassen, und die Fristen auch nicht eingehalten hätten. Der Hauptgrund des Verkaufsanspruchs sei aber der, daß der städtischen Verwaltung die dauernde Kritik an dem Schotterwerk zum Eck geworden sei. Die Stadt entledige sich durch den Verkauf des Werks vieler Reibereien und mache zudem noch ein glänzendes Geschäft. Das Schotterwerk habe seinerzeit 18 000 Mark gekostet, und bringe jetzt mehrere Millionen ein. Was die Schulhausfrage anbelange, so hätte Herr Direktor Zügel ja ebenfalls von 1914—1919, als er Mitglied des Bürgerausschusses war, die Angelegenheit zur Entscheidung drängen können. Warum habe Herr Direktor Zügel auf dem von der Stadt erworbenen Gelände nicht — wozu er vertraglich verpflichtet gewesen wäre — bis 30. Oktober 1922 ein Haus erstellt? Die gleichen Gründe, die er für die Nichterhaltung seiner Verpflichtung anführen könne, müsse auch die Stadt bei Beurteilung der Verzögerung des Schulhausbaus für sich in Anspruch nehmen. Zudem müsse die Stadt mit deutscher Mark arbeiten. In letzter Zeit sei viel Kritik geübt worden von Herren, die früher im Kollegium gesessen seien. Er frage, ob die Herren früher immer das Richtige beantragt hätten, und ob sie immer voll Unrichtigem gewarnt haben. Die Sachen, die der Stadtverwaltung gelungen seien, würden nie besprochen. Er erinnere an den Kauf des ehemaligen Medizinalrat Müllerschen Hauses um 79 000 M., an die Erstellung des Baumagazins, wodurch heute Millionen gewonnen seien, und man Gottseidank sagen müsse, daß man es getan habe. Und was sei darüber kritisiert worden! Es sei Pflicht des Kritikers, seinem Ammt nicht die Zügel schießen zu lassen. Und merkwürdigerweise seien oft die Leute, die so scharfe Kritik üben, gegenüber der Kritik anderer furchtbar empfindlich. Deshalb sollte in der Kritik etwas Maß gehalten und an die eigene Brust geschlagen werden. G. N. Staudenmeyer erklärte sich mit den Ausführungen des Vorsitzenden vollständig einverstanden. Der aus der Mitte des Kollegiums gemachte Vorschlag, über die Angelegenheit zur Tagesordnung überzugeben, da die Mitglieder des Gemeinderats stets nach bestem Wissen und Gewissen ihre Entscheidungen getroffen hätten, erscheine ihm nicht zweckmäßig, denn auf einen derartigen Angriff gehöre eine Erwiderung aus dem Kollegium. Auf eine Anfrage des Redners, was seinerzeit der Preisunterschied zwischen Porphyrbewalzung und der Bewalzung von Kalksteinen aus dem städtischen Steinbruch gewesen sei, antwortete der Vorsitzende, die Bewalzung hätte im Februar 1920 bei Porphyr 51 300 M. gekostet, bei Kalksteinen vom Muckberg 15 600 M. Der Vorredner wies dann auch darauf hin, daß damals erklärt worden sei, der Staat lasse die Staatsstraßen ebenfalls mit Kalkstein bewalzen wegen der großen Kosten des Porphyr und es sei auch betont worden, daß Porphyr kaum zu bekommen sei. Wie der Vorsitzende gesagt habe, seien die Straßenzustände anderwärts auch nicht besser. Hier habe man mit diesen Kosten die Gehwege ausbessern lassen, und die Lederstraße gepflastert. Aber alle Anstände könnten nicht von heute auf morgen verbessert werden. G. N. Stör erklärte, neben verschiedenen Schiefheiten des Artikels sei die Bemerkung, daß nur die Hausbesitzer und Gewerbetreibenden an der städtischen Umlage tragen, besonders hervorzuheben. Er möchte feststellen, daß die städtischen Finanzen zum erheblichen Teil auch von den Erträgen der Einkommensteuer geregelt werden, an der die Gehalts- und Lohnempfänger sehr wesentlich beteiligt seien. — Nach dieser Aussprache gab der Vorsitzende zur Schulhausfrage bekannt, daß auf Grund seiner persönlichen Erkundigungen bei dem Referenten der Ministerialabteilung an eine Anleihe von Seiten des Staates nicht zu denken sei, da der Staat selbst in düsteren finanziellen Verhältnissen stehe. Stuttgart habe sogar den Ausbau seiner Gewerkschule einstellen müssen, weil der Staat die Mittel nicht aufbringen konnte. Es könnte sich höchstens um kurzfristige Darlehen mit vierjährlicher Kündigung handeln, die natürlich wertlos seien. Der Finanzausschuß habe in letzter Zeit 16 Gesuche über Schulhausneubauten ablehnen müssen. Es solle nun versucht werden, ob nicht von Kreditinstituten ein wertbeständiges Solzantehen aufgenommen werde, auch werde die Frage erwogen, ob nicht durch einen außerordentlichen Holztrieb die Mittel beschafft werden können. G. N. Staudenmeyer betonte ebenso wie der Vorsitzende die Notwendigkeit, alle Mittel zu erschöpfen, um eine Besserung der Schulverhältnisse zu erlangen. Aber trotz der großen Finanznot müsse er doch darauf hinweisen, wie unrentabel zur Zeit im Kapellenberg gearbeitet werde, wo die Abwasserabteilung gemacht und die Wasserleitung provisorisch angeschlossen werden müsse. Er möchte doch zur Erwägung geben, ob man die Wasserleitung — auch im städtischen Interesse — nicht gleich richtig anschließen wolle, denn abgesehen von der Wassernot in den Häusern sei auch an Brandfälle zu denken, wo die Leute machtlos zusehen müßten, wie Haus und Habe verbrenne. Der Vorsitzende erwiderte, daß man die Bauenden auf diesen Mangel hingewiesen habe, und daß selbst wenn man das Wasser anschleße, nur ein Mitteldruck vorhanden sei, der nicht immer genüge. Nachdem die G. N. G. N. Scholl, Stauff und Peter noch dafür eingetreten waren, sich weiter nach Möglichkeiten der Geldbeschaffung umzusehen, und G. N. Sannwald um eine Aufstellung über den städtischen Waldbestand ersucht hatte, wurde die Aussprache mit dem Einverständnis geschlossen, daß die Stadtoverwaltung nach neuen Kreditmöglichkeiten Umschau hält.

Wirtl. Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde am 18. Mai 1923 bei dem Darlehenskassenverein Simmozheim, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht eingetragen: In der Generalversammlung vom 3. Mai 1923 wurden zu Mitgliedern des Vorstandes gewählt: Gustav Schneider, Landwirt, Gottlob Laid, Küfer, Georg Sedelmaier, Sattler, Fritz Rugele, Wirt und Gottlieb Dittus, Weber, sämtlich in Simmozheim.

Stadtgemeinde Calw.

Das Standesamt

ist für dringende Fälle am Pfingstmontag, den 21. Mai 1923, von 11-12 Uhr vormittags geöffnet.
Calw, den 18. Mai 1923.

Standesamt: Götner.

Stadtgemeinde Calw.

Mehlabgabe.

Es wird auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung betr. die Abgabe von Mehl durch den Kommunalverband hingewiesen.
Calw, den 18. Mai 1923.

Stadtschultheißenamt: Götner.

Unterhaugstett.



Stammholzverkauf.

Am Donnerstag, den 24. Mai, mittags 2 Uhr, werden auf dem Rathaus aus den Gemeindeforsten 4,51 Fm. II. Kl., 35,18 Fm. III. Kl., 36,45 Fm. IV. Kl., 32,45 Fm. V. Kl.

Tannen- und Forst- Langholz

in öffentlichen Aufstreich verkauft. Abwehr günstig. Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Gehingen.

Laub- und Nadelstammholzverkauf.



Aus dem Gemeindeforstwald Schnepsental, Hilfenstäl, Trauf, Dachlerberg u. Torwartsgrund kommen am

Mittwoch, den 23. Mai d. Js. an Ort und Stelle im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:
6 Bau- u. Wagnereichen mit 0,88 l., 4,38 ll., 5,70 ll., 16,91 IV., 14,25 V., 0,46 VI. Klasse.

12 Rotbuchen mit 1,23 ll., 3,90 ll., 3,66 IV. Klasse.
3 Birken mit 0,50 V., 0,51 VI. Klasse.

11 Forst (Sägholz) mit 4,23 l., 5,53 ll., 0,89 ll. Klasse.
Ankunft vormittags 8 Uhr beim Rathaus. Beginn im Torwartsgrund um 10 Uhr.
Den 17. Mai 1923.
Schultheißenamt: Schmidt.

Biehverkauf.

Wegen hoher Feiertage besuchen wir den Weidenstädter Markt nicht, haben deshalb nächsten Mittwoch, den 23. ds. Ms., von vormittags 1/8 Uhr ab

im **Badischen Hof in Calw** einen Transport **erstklassiger starker gewöhnter junger Milchkühe, trächtiger Kühe** sowie große Auswahl **schönes Jungvieh** zum Verkauf.
Rubin und Salomon Löwengart.



Laubstammholz-Verkauf

am Dienstag, den 29. Mai nachmittags 3 1/2 Uhr im „Rögle“ in Hirsau aus Staatswald Bruderhölle, 2 Eichen, IV. Kl. mit 2 Fm. aus Hühnerreich, Erntmühlplatte, Erntmühlkopf, Bruderhölle, Baurensteige, Felsenmeer, Breitackerwald, Altsteige, 108 Buchen mit 2 Fm., 2 ll., 13 ll., 37 IV., 13 V. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Forstamt Neuenbürg. Stangenverkauf.

Am Mittwoch, 30. Mai 1923 vormittags 10 Uhr in Schwann, Gafth, zum „Hiesch“ aus Staatswald Hirsau, Scheeter, Rothau, Fingerlesbrunnen u. Dachsbau Eichenstangen Stück: 15 l., 50 ll. Kl. Nadelholz: Bauft Stück: 1030 la, 1005 lb, 425 ll., 80 ll. Kl. Hagst. 515 l., 630 ll., 355 ll. Kl. Hopfenst. 405 l., 365 ll., 105 ll., 105 IV., 305 V. Kl. Rebst. 830 l., 245 ll. Kl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Forstamt Enzküsterle. Nadelstammholz-Verkauf

am Montag, den 28. Mai 1923, vormittags 10 Uhr in Enzküsterle im „Waldborn“ aus dem Staatswald, Rotforst: Langh. Fm.: 83 l., 235 ll., 267 ll., 101 IV., 49 V., 6 VI. Kl. Säg. Fm.: 17 l., 34 ll., 4 III. Klasse. Fichten u. Tannen: Langh. Fm.: 708 l., 534 ll., 347 ll., 118 IV., 171 V., 99 VI. Kl. Säg. Fm.: 97 l., 40 ll., 19 III. Klasse. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Forstamt Witberg. Freihändig. Nadelstammholz-Verkauf

aus Staatswald Abt. Hint-Bronnhalde, Ob. Talberg, Unt-Bulacher Steige, Moldeberg und Scheidholz, am 19. März 1923 nicht zugelassen, ferner aus Staatswald Abt. Wittwald: Stämme: 381 St. 88 St. mit Fm.: 8 III., 23 IV., 55 V., 34 VI. Kl. 50 St. mit Fm.: 3 ll., 2 III., 4 IV., 9 V., 1 VI. Kl. Abschn.: 1 St., 1 La mit 1 Fm. III. Kl., 1 Fo. mit 1 Fm. II. Kl. Bedingungen siehe bei den einzelnen Lose in ganzen und Teil-Projecten der gedruckten Landesgrundpreise vom 1. Nov. 22 bis spätestens Montag, den 28. Mai 1923 vorm. 10 Uhr an das Forstamt, welches auch Losverzeichnisse abgibt.

Gefunden

auf der Straße Renheim-Bahnhof Leinach

Geldtasche mit größer. Inhalt.

Eigentumsansprüche sind geltend zu machen beim Schultheißenamt Stammheim.

Geldgesuch.

Auf ein hiesiges schönes Landhaus werden 10-12 Millionen Mark aufzunehmen gesucht.

Geht Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. Wir empfehlen billigt prima

Weizen, Gerste, Hafer und Ackerbohnen.

Gebr. Schländerer, Unterreihendach, Fernsprecher 2.

Elisabeth Twartokus Hermann Kienzle Verlobte

Pfingsten 1923 Calw Barmen Untere Lichtenplatzstraße 66.

Statt Karten.

Wir beehren uns, unsere an Pfingsten 1923 stattfindende Verlobung

höflichst bekannt zu geben:
Julie Merz Gottlieb Keck Kaufmann

Bechingen Hohenzollern Sulzdorf OA. Hall Ottenbroun OA. Calw

Als Verlobte grüßen

Anna Liedloff Fritz Lehmann

Bad Liebenzell Ernstmühl Pfingsten 1923.

LUZ & BENZING
KUNST- UND PHOTOHANDLUNG
BAD LIEBENZELL
NEU ERÖFFNET
STRENG REELLE BEDienung

Bezirkswirtschaftsverein Calw.

Dienstag, den 22. Mai, 3 1/2 Uhr
Versammlung bei Koll. Müller z. Linde.
Tagesordnung: Delegiertenwahl zum Verbandstag usw.
Der Ausschuss.



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, aller Zubehör, Saiten u. f. w. in reicher Auswahl empfiehlt

Musikhaus Curtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17 Arkadenriedlisch-Hofbrücke Großhandlung Einzelverkauf Ausführung all. Reparaturen und Stimmen.
Ankauf alter Geigen u. Celli.

Sie

sichädigen sich selbst wenn Sie sich eine Zeitung leisten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu erhalten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden bewahren Sie sich

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirkes gibt. Darum bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“, Sie sind dann über Preisbildungen, Käufe und Verkäufe segl. Art unterrichtet.

Streutorf

prima trockene Ware pro Zentner 8000 Mk. verkauft
Hanf samen kauft das Pfund zu 600 Mark
Wih. Guhl, Göttingen. Selbstbringer von 10 Pfd. an Fahrvergütung.

Klavierstimmer

der Firma C. A. Pfeiffer, Stuttgart kommt in nächster Zeit hierher.
Anmeldungen erbeten an Hauptl. Michele.

Tüchtiges Mädchen

zur selbständigen Führung eines kleinen Haushalts und Landwirtschaft b. h. hohen Lohn gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Suche sofort oder auf 1. Juni jüngeres

Mädchen

für Küche u. Haushalt.
Anna Harisch, z. „Schiff“.

Ein Spülmädchen, ein Hausmädchen u. ein Geschirrspüler in Sabrestellen gesucht.
Schwarzwaldheim Schönberg Station Liebenzell.

Zu verkaufen:

1 Paar weiße Stoffschuhe Größe 37
1 weißes geir. Kinderkleid
1 Gasherd (einfamlig) Frau Sticht, Hirsau, Villa Luise.

(Statt Karten.)

Mathilde Seemann Hans Frank Studien-Affessor Verlobte

Märtingen Calw Stuttgart Pfingsten 1923.

Else Dollmer Wilhelm Kömpf Verlobte

Calw, Pfingsten 1923.

Otto Bohn Martha Bohn geb. Meier Vermählte

Stammheim Calw

Herzliche Einladung zur **Jünglingsvereins-Konferenz** in der Kirche zu Zwerenberg Pfingstmontag, 21. Mai, nachmittags 2 Uhr
Ansprachen von Stadtpfarrer Walz, Schönborn und E. Schreiner, Körtal.
Ev. Pfarramt Zwerenberg.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Pfingstmontag mittags 3 Uhr und abends 8 Uhr.
Die Macht der Liebe
Drama in 6 Akten
mit Beiprogramm.

Stadt. Kurtheater, Kurhausbühne Bad Liebenzell.

Pfingstsonntag, 20. Mai 1923
Eröffnungsvorstellung:
Börsenfieber
Luftspiel in 3 Akten von Max Reimann u. Otto Schwarz. Anfang 8 Uhr.
Pfingstmontag, 21. Mai 1923
Zweite Vorstellung:
Casanova
Luftspiel in 3 Akten von Rudolf Lothar.
Künstl. Leitung und Regie: Fritz Agie vom Viktoriateater Pforzheim.
An beiden Pfingsttagen nachmittags von 4 Uhr ab **Konzert in den Anlagen.**

Schönberg Oberamt Neuenbürg. Zwei schwere **Läufer-Schweine** hat zu verkaufen
Adam Burkhardt, Bäckerinstr., Liebenzellerstr.

1 Ziegenlamm verkauft
Gärtner Hägelo. Eine erstklassige **Milch-Kuh** verkauft
Hof Dicke.

Mittwoch, den 23. Mai, von vormittags 7 Uhr ab steht in Calw im „Löwen“ ein großer Transport

starker junger Milchkühe, trächtig. Kühe u. trächt. Kalbinnen
zum Verkauf.
Rubin und Max Löwengart.

